



Rundfunkbeitrag und Jugendkanal – eine übereilte und eine überfällige Entscheidung

Die Entscheidung der Ministerpräsidenten, den Rundfunkbeitrag um 48 Cent zu senken ist übereilt. Im Vorfeld hatten auch die Gewerkschaften dafür plädiert, zunächst die Evaluation des neuen Systems abzuwarten. Damit hätte man im Herbst eine gesicherte Grundlage für eine zukunftsfeste Regelung erhalten. Stattdessen hat sich die Politik auf Schätzungen verlassen und riskiert so, die Finanzen der öffentlich-rechtlichen Sender zukünftig einzuschränken. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk aber braucht eine zukunftsfeste und ausreichende Finanzierung, um seine Aufgaben zu erfüllen. Die Politik darf dies nicht aus den Augen verlieren.

Die überfällige Entscheidung für einen Jugendkanal haben die Länderchefs leider ein weiteres Mal verschoben. Es ist nicht mehr nachvollziehbar, dass manche Politikerinnen und Politiker zwar fordern, der öffentlich-rechtliche Rundfunk solle sich reformieren, andererseits aber einer fortschrittlichen Programmidee massive Steine in den Weg legen. Mit jedem Monat, der bei der Einführung eines Jugendkanals ungenutzt verstreicht, sinken die Chancen, junge Menschen mit einem qualitativ hochwertigen öffentlich-rechtlichen Programm zu erreichen. Die Politik sollte deshalb sehr schnell ARD und ZDF für den Jugendkanal die notwendige politische Rückendeckung geben.

Michael Sommer

Themen:	
ZDF-Urteil begrüßt	2
Rundfunkbeitrag wird gesenkt	3
Entscheidung zu Jugendkanal verschoben	4
Redaktionsdatenschutz in EU gefährdet	4
Feinde des Internets	5
ver.di: Thesen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk	7
Mehr Europapolitik auf ZDFinfo	8
ZDF und Produzentenallianz: Transparente Zusammenarbeit	8
Kritik an Verleger Heinen	9
dju für amtlichen Presseausweis	10
AZ weiterführen	11
Medienlink	12
Lesetipp	12
Veranstaltungen	13
Impressum	14



Urteil zur Normenkontrollklage: Breite Zustimmung

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Normenkontrollklage gegen den ZDF-Staatsvertrag hat breite Zustimmung gefunden. „Einmal mehr hat das Bundesverfassungsgericht damit die Rundfunkfreiheit gestärkt“, begrüßte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Michael Sommer die Entscheidung. Das Gericht habe deutlich gemacht, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht dem „überbordenden Einfluss der Politik“ ausgesetzt sein dürfe. Sommer wertete zudem positiv, dass nach dem Urteil die gesellschaftlich relevanten Gruppen ihre Vertreterinnen und Vertreter künftig ohne Einfluss der Politik in die Gremien entsenden können. Der DGB hatte in Stellungnahmen während der Debatte zum ZDF-Staatsvertrag auch hierfür plädiert. Das Bundesverfassungsgericht hatte am 25. März entschieden, dass Teile des Staatsvertrags nicht mit dem Gebot der Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vereinbar sind und der Anteil der Sitze für Politikerinnen und Politiker in den Gremien auf ein Drittel zu beschränken ist.

Auch der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke begrüßte das Urteil: „Heute ist ein guter Tag für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland“, sagte er. Auch ver.di hatte sich von Anfang an für eine Normenkontrolle eingesetzt und gefordert, dass Vertreterinnen und Vertretern aus Bundes- und Landesregierungen im Sinne der Staatsferne prinzipiell der Zugang zu den öffentlich-rechtlichen Aufsichtsgremien verweigert wird. Es sei ein Erfolg, dass das Gericht neben dem Verwaltungsrat auch die Zusammensetzung des Fernsehrates überprüft und für verfassungswidrig erklärt habe.

Ebenfalls positiv äußerten sich unter anderem Vertreterinnen und Vertreter von SPD und Bündnis90/Die Grünen sowie die Organisation Reporter ohne Grenzen und der Deutsche Journalisten-Verband.

Zu den Pressemitteilungen
des BVerfG:

<http://tinyurl.com/qyqtxuc>

des DGB:

<http://www.dgb.de/-/zMZ>

von ver.di:

<http://tinyurl.com/p6sgn4m>



Rundfunkbeitrag soll um 48 Cent sinken

Der Rundfunkbeitrag soll ab 2015 um 48 Cent sinken. Das beschlossen die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten Mitte März in Berlin. Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) hatte eine Senkung um 73 Cent vorgeschlagen. Im Vorfeld hatten sich unter anderem Personalräte der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in einem offenen Brief an die Länderchefs gegen eine Senkung zum jetzigen Zeitpunkt ausgesprochen. Sie plädierten dafür, zunächst die Ergebnisse einer Evaluation des neuen Beitragssystems abzuwarten, und argumentieren: „Es ist nicht korrekt, dass die Einnahmen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten deutlich über ihrem Bedarf liegen, denn die Sender haben auf Wunsch der KEF ihren tatsächlichen Bedarf gar nicht angemeldet, um den Betrag von 17,98 Euro bei der Umstellung von der Gebühr auf den Beitrag stabil zu halten.“ Und die Personalräte warnten: „Eine voreilige Absenkung des Rundfunkbeitrags, die auf Prognosen und Vermutungen basiert, wird Arbeitsplätze kosten, zu Einschnitten im Programm und zu einem Verlust an Qualität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks führen.“

Frank Werneke, stellvertretender Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, kritisierte die Entscheidung der Länderchefs als „kurzatmig und riskant“, denn sie „senken jetzt öffentlichkeitswirksam die Beiträge, bevor die geplante Evaluierung des neuen Beitragssystems überhaupt stattgefunden hat.“ Die Entscheidung dürfe nicht zu noch mehr politischem Druck auf die Rundfunkanstalten führen. Die notwendigen Finanzanforderungen müssen in Zukunft durch die Rundfunkanstalten bedarfsgerecht und frei von Beeinflussung gemacht werden.“

Für die SPD begrüßte deren kultur- und medienpolitischer Sprecher Martin Dörmann den Beschluss. Er ermögliche eine langfristige Gebührenstabilität und den dringend notwendigen Strukturausgleich zwischen Rundfunkanstalten. Zudem würden Spielräume genutzt, um Werbung und Sponsoring zu reduzieren und Schwächen im Gebührenmodell auszugleichen.

Entscheidung zum Jugendkanal verschoben

Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder haben auf ihrer Sitzung Mitte März in Berlin die Entscheidung über einen öffentlich-rechtlichen Jugendkanal erneut verschoben. Die Sender sollen nun noch einmal ihr Konzept konkretisieren. SWR-Intendant Boudgoust kündigte laut Medienberichten an, ARD und ZDF könnten diese Konkretisierungen bis zur nächsten Ministerpräsidentenkonferenz im Juni liefern. Frank Werneke, stellvertretender Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, kritisierte, das Verhalten der Länderchefs sei Ausdruck von Uneinigkeit und Konzeptionslosigkeit in der Rundfunkpolitik: „Wichtige Zukunftsfragen werden auf die lange Bank geschoben. Ein ausreichend finanzierter öffentlich-rechtlicher Jugendkanal wäre eine wichtige und sinnvolle Ergänzung des Medienangebotes in Deutschland. Das Projekt droht nun endgültig zerredet zu werden.“



dju: Redaktionsdatenschutz in der EU sichern

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten Union (dju) in ver.di unterstützt die europäische Petition zur Sicherung des Redaktionsdatenschutzes in der Europäischen Union (EU). Sie forderte die Bundesregierung Mitte März auf, im EU-Ministerrat dafür zu sorgen, dass der Schutz der journalistisch-redaktionellen Tätigkeit in der neuen EU-Datenschutzverordnung gesichert wird. „Nachdem das Europaparlament in dieser wichtigen Frage versagt hat, sind jetzt EU-Kommission und Ministerrat in der Verantwortung, dafür zu sorgen, die Pressefreiheit im Datenschutz zu schützen“, erklärte die Bundesgeschäftsführerin der dju, Cornelia Haß. Das Europäische Parlament hatte die EU-Datenschutznovelle in erster Lesung ohne Änderungen mit großer Mehrheit beschlossen. Zuvor war in den Ausschussberatungen die in Artikel 80 der neuen EU-Datenschutzverordnung vorgesehene Garantie für den Redaktionsdatenschutz gestrichen und in das Belieben der einzelnen Mitgliedsstaaten der EU gestellt worden.

Für die Sicherung des Redaktionsdatenschutzes in der EU engagieren sich die europäischen Journalistengewerkschaften und Presseverleger-Verbände seit Dezember 2013 unter Federführung der Europäischen Journalisten-Föderation (EFJ), deren Mitglied die dju in ver.di ist. Sie haben eine gemeinsame Petition „Verteidigt unser Recht die Öffentlichkeit zu informieren“ („Defend Our Right to

Zur Petition und weiteren Infos:

<http://tinyurl.com/lgqcbbr>

<http://tinyurl.com/oo9zwop>

Inform the Public“) gestartet. Seit 1995 garantierte die EU-Datenschutzrichtlinie den Schutz der journalistisch-redaktionellen Tätigkeit von der Speicherung personenbezogener Daten im Redaktionsarchiv bis hin zur Verarbeitung solcher Daten durch die freie Veröffentlichung in Artikeln und Online-Archiven (in Deutschland § 41 BDSG). Der Deutsche Presserat hat einen Leitfaden zum Redaktionsdatenschutz aufgestellt und für Beschwerden einen eigenen Datenschutz-Ausschuss eingerichtet.

Kritik am Vorgehen des EU-Parlaments kam auch von den Verlegerverbänden. Der Bundesverband der Deutschen Zeitungsverleger (BDZV) und der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) erklärten, das EU-Parlament bleibe beim Schutz der journalistischen Arbeit noch hinter dem Stand von 1995 zurück. Das sei ein umso größerer Skandal als das EU-Parlament sonst nie müde werde, auf die Gefahren für die Pressefreiheit in Europa und der Welt hinzuweisen.

ROG-Bericht: Feinde des Internets

Reporter ohne Grenzen (ROG) hat den US-Geheimdienst NSA und dessen britisches Pendant GCHQ in die Liste der „Feinde des Internets“ aufgenommen. Das geht aus dem gleichnamigen Bericht hervor, den ROG zum Welttag gegen Internetzensur am 12. März veröffentlicht hat. Insgesamt benennt er 32 Behörden und Institutionen weltweit, die eine zentrale Rolle bei der Unterdrückung kritischer Stimmen und unerwünschter Informationen im Internet spielen: Geheimdienste und Ministerien, aber auch Internetanbieter und Regulierungsbehörden einiger Länder. Damit lenkt der Bericht den Blick auf die oft wenig bekannten Bürokratien im Zentrum staatlicher Überwachungs- und Zensurapparate. „Die zentrale Rolle von Behörden wie der NSA und dem GCHQ bei der flächendeckenden Überwachung von Millionen Menschen wiegt umso schwerer, als sie jeder westlichen Kritik an autoritären Staaten wie China, Saudi-Arabien oder Turkmenistan den Wind aus den Segeln nimmt“, sagte ROG-Vorstandsmitglied Matthias Spielkamp in Berlin. Wer selbst massenhaft Bürger ausspähe, könne andere Regierungen kaum glaubwürdig zu mehr Achtung der Informationsfreiheit im Internet drängen. Die Enthüllungen des Whistleblowers Edward Snowden hätten offengelegt, wie NSA und GCHQ vorsätzlich Sicherheitslücken in Software und IT-Infrastruktur eingeschleust und an Knotenpunkten des Internets die Kommunikation von Millionen unbescholtener Bürger abgefangen haben. Damit hätten diese Geheimdienste das Internet zulasten von Menschenrechten wie Privatsphäre, Meinungs- und Pressefreiheit in ein Werkzeug überbordender Sicherheitsapparate verwandelt.

Der Bericht auf Englisch:
<http://tinyurl.com/oywluh>

Weitere Feinde des Internets sind unter anderem Russlands Inlandsgeheimdienst FSB, Irans Oberster Rat für den Cyberspace und Chinas Internetinformationsamt, das die Zensurrichtlinien der Regierung in Peking entwirft. Ebenso stehen die äthiopische Netzwerksicherheitsbehörde INSA oder der staatliche turkmenische Telefon- und Internetanbieter TurkmenTelecom auf der Liste - alles Institutionen, deren Befugnisse im Laufe der Zeit weit über ihre legitimen Kernaufgaben hinaus ausgeweitet worden sind. Auf der Strecke blieben dabei regelmäßig die Vertraulichkeit der Recherchen von Journalisten und Bloggern sowie der Schutz ihrer Informanten, so ROG. Dass gegen solche Entwicklungen auch Institutionen demokratischer Staaten nicht immun sind, die sich traditionell als Vorreiter beim Schutz bürgerlicher Grundrechte verstehen, zeigt laut ROG, neben NSA und GCHQ das Beispiel des indischen Centre for Development of Telematics, das im Regierungsauftrag zentrale Teile der staatlichen Überwachungsmaschinerie auf dem Subkontinent entwickelt hat. Doch auch Geheimdienste wie der Bundesnachrichtendienst und der französische Auslandsgeheimdienst DGSE, die selbst nicht auf der Liste der Feinde des Internets stehen, überwachten den Internetverkehr und arbeiteten dabei etwa mit der NSA zusammen.

Erstmals zählt ROG in diesem Jahr auch drei internationale Überwachungsmessen zu den Feinden des Internets: ISS World, Technology Against Crime und Milipol. Sie bringen die Behörden repressiver Staaten wie Saudi-Arabien, Äthiopien und Belarus mit Anbietern von Überwachungstechnologie zusammen – Firmen wie Hacking Team, Gamma International oder Blue Coat, deren Rolle ROG in seinem letztjährigen Internetbericht in den Vordergrund stellte. Als Feinde des Internets stehen diese Messen stellvertretend für die Rolle privatwirtschaftlicher Unternehmen bei der weltweiten Überwachung und Zensur des Internets.

ROG fordert Regierungen in aller Welt auf, uneingeschränkten Internetzugang und den Schutz persönlicher Daten wirksam als Grundrechte zu schützen - nicht zuletzt vor dem beliebigen Zugriff von Sicherheitsbehörden und Geheimdiensten. Staatliche Maßnahmen der Kommunikationsüberwachung dürften nur aufgrund von Gesetzen und für rechtmäßige Ziele eingesetzt werden. Sie müssten nachweislich notwendig, angemessen und bei sorgfältiger Abwägung gegen die Schwere des Eingriffs in Privatsphäre und Meinungsfreiheit verhältnismäßig sein. Ferner müssen sie demokratischer Kontrolle unterworfen werden. Exporte von Überwachungstechnologie müssten kontrolliert werden. Firmen, die solche Technologien in repressive Staaten an notorische Menschenrechtsverletzer liefern, müssten strafrechtlich verfolgt werden.



ver.di: Thesen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Ein Thesenpapier zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hat die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Mitte März veröffentlicht und den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten zugestellt. Darin macht ver.di deutlich, dass das bestehende System einiger Verbesserungen bedarf, wenn es auch in Zukunft noch relevant sein und seinem gesellschaftlichen Auftrag gerecht werden soll. „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland leistet noch immer Beachtenswertes - von der Versorgung mit unabhängiger Informationen bis hin zu guter Unterhaltung“, erklärte Frank Werneke, stellvertretender ver.di-Vorsitzender dazu. Trotzdem fänden die Angebote bei den Jüngeren immer weniger Anklang. In Teilen der Politik, der Wirtschaft oder bei einigen Zeitungsverlegern hätten die Öffentlich-Rechtlichen sogar mit massiver Gegenwehr zu kämpfen. „Im Internetzeitalter bedarf es aber nicht des Abbaus öffentlich-rechtlicher Inhalte, sondern vielmehr einer Stärkung. Dazu sind aber Veränderungen nötig“, so Werneke. „Ein Rundfunk, der von der Allgemeinheit finanziert wird, muss nicht nur mit Unabhängigkeit, Vielfalt und Qualität überzeugen, er muss auch alle Bevölkerungsschichten erreichen. Hierzu sollen unsere Thesen beitragen.“

Das vom ver.di-Bundesvorstand beschlossene Thesenpapier formuliert auf den fünf wichtigsten Themenfeldern Anforderungen sowohl an die Politik als auch an die Sender selbst, wie ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk gestaltet sein muss, damit er leistungsfähig bleibt und weiterhin Akzeptanz findet. Die Themen umfassen dabei die Aspekte Finanzierung, Qualität, Arbeitsbedingungen, Verbreitung und Gremienkontrolle. „In einer Medienlandschaft mit starker privat-kommerzieller Konkurrenz müssen auch öffentlich-rechtliche Inhalte ihren festen Platz haben. Dabei sind auch die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten aufgefordert, die entsprechenden staatsvertraglichen Rahmenbedingungen zu schaffen“, so Werneke weiter.

Die Thesen als PDF

<http://tinyurl.com/nmb95j3>



ZDFinfo nimmt verstärkt Europapolitik in den Blick

ZDFinfo wird sich 2014 aus Anlass der Europawahl verstärkt europapolitischen Themen widmen, die gezielt die Lebenswelt jüngerer Menschen ansprechen. Das kündigte ZDF-Intendant Thomas Bellut vor dem Fernsehrat Anfang März in Mainz an. Dazu lege ZDFinfo mit „Europa PolitiX“ ein neues, junges Europamagazin auf. Schwerpunkte bilden auch der 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges und das 25. Jubiläum des Mauerfalls. Damit werde man dem Kernauftrag von ZDFinfo gerecht, zu dem die Politikvermittlung gerade für junge Menschen zähle, sagte Bellut. „Mit starkem Fokus auf die Sehgewohnheiten eines jüngeren Publikums steht ZDFinfo für die Synthese aus linearem Fernsehen und den On-demand-Bedürfnissen der nachrückenden Generation“, so der Intendant.

Die Abrufvideos erreichten im Jahr 2013 monatlich 2,2 Millionen Sichtungen. Das sind – bei weiter steigender Tendenz – sieben Prozent der Sichtungen aller Abrufvideos von ZDFonline. Der Marktanteil stieg 2013 um 58 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, und auch in der Zuschauergruppe der 14- bis 49-Jährigen konnte ZDFinfo seinen Marktanteil auf 0,8 Prozent (Gesamtmarkt) erhöhen und mehr Zuschauer erreichen als im Vorjahr. Damit generiere der ZDF-Digitalkanal Zuschauernachwuchs und wirke einem Generationenabriss entgegen, so der Intendant. ZDFinfo legt 2013 im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Prozent auf 0,7 Prozent Marktanteil (Zuschauer gesamt) zu. Seit dem Relaunch im September 2011 haben sich die Werte bei allen Zuschauern versechsfacht und bei den 14- bis 49-Jährigen versiebenfacht (Dezember 2013).

ZDF und Produzenten: Eckpunkte für transparente Zusammenarbeit

Die Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen und das ZDF haben „Eckpunkte für die Transparenz der Zusammenarbeit“ vereinbart. Mit ihnen soll die Transparenz bei der Auftragsvergabe gefördert und den Produzenten die angemessene Beteiligung am Wettbewerb um Programme ermöglicht werden. Zudem soll damit gemeinsam ein Beitrag für einen fairen und korruptionsfreien Wettbewerb geleistet werden. In den neuen Transparenz-Eckpunkten verpflichtet

Zum Eckpunkte-Papier:
<http://tinyurl.com/naqz7jl>

sich das ZDF unter anderem dazu, einmal jährlich Daten über die Volumina in Geld und Menge nach Genres und Produktionsarten zu veröffentlichen und die durchschnittlichen Kosten von Produktionen nach Genres zu erläutern. ZDF und Produzentenallianz verpflichten sich zudem, jede Form der Korruption zu unterbinden und diese weder zu dulden noch zu unterstützen.

„Eine leistungsfähige Produzentenlandschaft ist für das ZDF als größter Einzelauftraggeber für Fernsehproduktionen von herausragender Bedeutung“, erklärte ZDF-Intendant Thomas Bellut. Sie trage erheblich zum Programmerfolg bei und stehe für Inhalte, die die Vielfalt der Regionen in Deutschland abbilden. Das ZDF pflege seit Jahrzehnten eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Fernsehauftragsproduzenten und hat diese als erste öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt an den Vertriebs Erlösen beteiligt. Alexander Thies, Vorsitzender des Produzentenallianz-Gesamtvorstands, erklärte: „In der Vergangenheit gab es keine belastbaren Zahlen über den Fernsehproduktionsmarkt in Deutschland, Produzenten mussten auf der Grundlage von Schätzungen, Vermutungen und Gerüchten planen. Damit ist bald Schluss. Nach der gründlichen Beleuchtung des Markts durch die ‚Produzentenstudie 2012‘ und den Leitlinien für Transparenz und Antikorruption, die wir im letzten Herbst mit den ARD-Sendern beschlossen haben, komplettieren die vorliegenden ‚Eckpunkte für die Transparenz der Zusammenarbeit‘ mit dem ZDF die Grundlage für eine künftige Transparenz – zumindest für den öffentlich-rechtlichen Sektor.“



dju: Zeitungsverleger-Präsident auf Tarifflicht

Die Deutsche Journalistinnen und Journalisten-Union dju in ver.di NRW hat den Präsidenten des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) Helmut Heinen kritisiert. „Wer in Tarifverhandlungen lamentiert, er wolle die Tarifflicht von Zeitungsverlegern stoppen und dann selbst Tarifflicht begehen will, ist unglaubwürdig“, sagte dju-Landesgeschäftsführer Christof Büttner Mitte März. Heinen hatte als Verleger der „Kölnischen Rundschau“ verkündet, er werde die Lokalredaktionen Rhein-Erft, Rhein-Berg, Rhein-Sieg sowie Euskirchen/Eifel ab 1. Juni mit den dortigen Lokalredaktionen des „Kölner Stadtanzeiger“ zusammenlegen und Redakteurinnen und Redakteure in eine neue, tariflose „Rheinische

Redaktionsgemeinschaft“ überführen. Dabei sollen 30 Stellen in den Redaktionen gestrichen werden.

Der Kölner Verleger Alfred Neven DuMont baue sein Meinungsmonopol im Großraum Köln damit rigoros aus, so die dju. Dass Neven DuMont Ehrenpräsident des BDZV sei, zeige, wohin sich die Verbandsspitze entwickelt, kritisierte Büttner. Das Geschäftsmodell „zwei Zeitungstitel mit gleichen Inhalten“ den Leserinnen und Lesern heute als „vielfältigen und kompetenten Qualitätsjournalismus“ zu verkaufen, sei ein medienpolitisches Desaster. Die Verleger wollen auch die Etats für die zahlreichen freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kürzen. „Die so genannten freien Mitarbeiter und die Pauschalisten haben in der Vergangenheit maßgeblich zum Erfolg der Verlage beigetragen. Nun dürfen sie über ihre Zukunft nicht im Unklaren gelassen werden.“, so Büttner. Der Umgang mit den Beschäftigten sei unverantwortlich: Üblicherweise würden Betriebsräte bei solch umfassenden Betriebsänderungen rechtzeitig und umfassend informiert, um dann gemeinsam nach Alternativen zu suchen. In diesem Fall seien Betriebsräte und Beschäftigte am gleichen Tag wie die Öffentlichkeit informiert worden.

Auch der Deutsche Journalisten-Verband DJV kritisierte die Entscheidung: Die Vernichtung journalistischer Arbeitsplätze ist schon schlimm genug“, erklärte der DJV-Vorsitzende Michael Konken. Darüber hinaus zeige die Überführung der verbleibenden Redakteursstellen in die tariflose GmbH auf erschreckende Weise, welchen Stellenwert Tarifverträge für die beiden Verlegerpräsidenten Heinen und Neven DuMont hätten. Das sei auch vor dem Hintergrund der seit Monaten andauernden Tarifverhandlungen ein Schlag ins Gesicht der tariftreuen Verlage.

dju: Amtlichen Presseausweis wieder einführen

Als „unerträglichen Missbrauch der grundgesetzlich geschützten Pressefreiheit“ bezeichnet die Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di, Cornelia Haß, den gezielten Einsatz von Presseausweisen durch Neo-Nazis. Sie nutzten diese um unliebsame Berichterstattung zu dokumentieren, seriös arbeitende Journalistinnen und Journalisten sowie deren Quellen zu diffamieren und sie und ihre Arbeit letztlich zu gefährden. In Aufrufen der rechten Szene werde regelrecht damit geworben, Presseausweise einzusetzen, um zu bespitzeln, an politisch relevante Informationen zu kommen und Nazi-Propaganda zu verbreiten: „Das ist die Folge einer Politik, die sich schon vor Jahren aus der Verantwortung für die

tatsächliche Durchsetzbarkeit von Pressefreiheit gestohlen hat. Denn nichts anderes war 2009 die Aufgabe des Presseausweises als amtliches Dokument durch den damaligen Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, Horst Seehofer“, kritisierte Haß. Es sei daher zu begrüßen, dass die Bundesregierung im Koalitionsvertrag angekündigt habe, eine Initiative der Bundesländer zu unterstützen, die diesen fatalen Schritt wieder rückgängig mache. „Den Ankündigungen müssen nun auch Taten folgen“, forderte Haß. Eine entsprechende Initiative zum Schutz der journalistischen Arbeit müsse sofort gestartet werden. Bis zu einer Wiedereinführung des Presseausweises als amtliches Dokument, seien Einsatzkräfte und Behörden zu besonderer Wachsamkeit aufgerufen: „Es gibt beim bundeseinheitlichen Presseausweis besondere Sicherheitsmerkmale, die in allen Dienststellen und Verwaltungen bekannt sein müssten. Sie weisen die Ausweisinhaber als professionelle Journalistinnen und Journalisten aus“, erklärte Haß.

Abendzeitung: In neuer Konstruktion sichern

„Die verkündete Insolvenz der Abendzeitung ist ein schwerer Schlag für die Pressevielfalt in Bayern“, erklärte Karl-Heinz Kaschel-Arnold für den Fachbereich Medien bei ver.di Bayern. Zugleich stünden 115 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nun vor einer völlig unsicheren Zukunft. Er forderte sofortige Verhandlungen, um das Erscheinen der traditionsreichen, 1948 gegründeten Boulevardzeitung in einer neuen Konstruktion zu sichern. Hier sei auch die Politik gefragt, wenn der Pressestandort Bayern nicht weiter verarmen solle. So sei die vor Jahren angekündigte engere Zusammenarbeit mit der Süddeutschen Zeitung nie in Angriff genommen worden.

Die Beschäftigten hatten in den letzten Jahren über eine Sanierungsvereinbarung auf erhebliche Teile ihres Einkommens verzichtet, um das Erscheinen und eine Sanierung der AZ möglich zu machen. Rund 50 Beschäftigte hatten 2008 bereits ihre Arbeitsplätze verloren. Damit diese Opfer und das finanzielle Engagement der Verlegerfamilie Friedmann nicht vergebens waren, forderte Kaschel-Arnold sofortige Verhandlungen unter Einbeziehung des gerade neugewählten Betriebsrats über die Zukunft des Blattes und die Perspektiven und die Absicherung der Beschäftigten. Im Jahre 2010 war bereits die Nürnberger Ausgabe der Abendzeitung an den Telefonbuchverleger Oschmann verkauft und von diesem 2012 stillgelegt worden.



Medienlink

nr wirbt für Gemeinnützigkeit von Redaktionsbüros

In den USA sind in den vergangenen Jahren dutzende Recherchebüros gegründet worden. Vom großen Newsroom ProPublica bis zur lokalen Investigative Post in Buffalo gibt es viele Modelle. Sie arbeiten an spannenden, oft investigativen Themen, publizieren im Netz und werden vor allem durch Spenden finanziert. In den Vereinigten Staaten haben solche Initiativen einen großen Vorteil: Dort wird die Arbeit von Nonprofit-Recherchebüros von den Finanzbehörden als gemeinnützig anerkannt. netzwerk recherche (nr) will die Debatte darüber auch in Deutschland voranbringen und hat dafür auf einer eigenen Website Argumente gesammelt:

Mehr Informationen unter
<http://nrch.de/nonprofit>

Lesetipp

Die Bedeutung des Internets für politische Partizipation

Mit dem Internet wurde schon früh die Vision einer partizipativen Gesellschaft verbunden, die Vorstellung, das neue Medium würde zu politisch besser informierten Bürgern und zu mehr Beteiligung der Bürger am politischen Prozess führen. Doch ist das so? Wer beteiligt sich an E-Partizipationsangeboten? Lassen sich Menschen online mobilisieren? Welchen Einfluss haben die neuen Online-Tools auf die politische Kommunikation, politische Entscheidungen und das politische System selbst? Der Band „Internet und Partizipation“ behandelt diese Fragen aus unterschiedlichen Perspektiven, sowohl von der zivilgesellschaftlichen Seite, als auch von Seiten der Politik. Enthalten sind Beiträge von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, und Vertreterinnen und Vertretern aus der Praxis, aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und aus der Politik.

Bottom-up oder Top-down?
Politische
Beteiligungsmöglichkeiten im
Internet
Reihe: Bürgergesellschaft und
Demokratie
Voss, Kathrin (Hrsg.)
Springer VS, 2014
<http://tinyurl.com/pakx89>

Veranstaltungen

Mediennutzung to go

5. Fachtagung Medienkompetenz und Jugendmedienschutz
der Landesanstalt für Medien LfM

1. April 2014
10.00 bis 16.15 Uhr

Factory Hotel
An der Germania Brauerei 5
48159 Münster

Drei von vier Jugendlichen besitzen ein Smartphone. Der mobile Zugang zum Internet steigt. Was verändert sich durch die mobile Mediennutzung? Welche Auswirkungen hat das auf die Begleitung von Kindern und Jugendlichen? Die Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) will Akteure, die sich mit den Themen Jugendmedienschutz und Medienkompetenzförderung beschäftigen, zu einem Wissens- und Erfahrungsaustausch einladen und sie über aktuelle Medienentwicklungen informieren und beraten.

Infos und Anmeldung:
www.lfm-nrw.de/kbim

Internet Governance Forum

Eine Veranstaltung von Reporter ohne Grenzen, Collaboratory e.V., der Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik (IJAB) und Abusix
Schirmherrschaft: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen

2. April 2014
13.30 – 20.00 Uhr

BASE camp
Mittelstr. 51-53
10117 Berlin

Das Internet Governance Forum Deutschland (IGF-D) ist eine offene Diskussionsplattform zu Fragen der Internetregulierung, an der sich Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Privatwirtschaft, internationalen

Anmeldungen unter:
<http://tinyurl.com/mkomoyb>

Organisationen und der Zivilgesellschaft beteiligen. Es dient zur Vorbereitung der jährlichen Treffen des 2006 vom Generalsekretär der Vereinten Nationen einberufenen Internet Governance Forum, das allen Interessierten die Möglichkeit der Beteiligung an allen politischen Fragen rund um die Internet-Governance bietet, darunter Urheberrechtsthemen, die Überwindung der digitalen Spaltung, der Schutz der Privatsphäre und die Freiheit der Meinungsäußerung im Netz. Derzeit ist dieser Multi-Stakeholder-Ansatz vor allem durch einen Vorstoß Russlands, Chinas, Taschikistans und Usbekistans in Gefahr. Sie wollen die Rolle der Regierungen bei der Verwaltung des Internets stärken und damit den Einfluss von Zivilgesellschaft und Wirtschaft zurückdrängen.

Im Vorfeld einer globalen Konferenz in Brasilien zur Zukunft der Internet-Governance (NetMundial, 23./24. April) und des regulären IGF-Treffens in Istanbul im September lädt Reporter ohne Grenzen zu einem Vorbereitungstreffen des IGF-D ein. Dabei sollen in einem Workshop deutsche Positionen erarbeitet und in der anschließenden Podiumsdiskussion den Mitgliedern der deutschen Delegation mit auf den Weg gegeben werden.

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand, Referat
Medienpolitik, Henriette-Herz-
Platz 2, 10178 Berlin

Redaktion:
Dr. Sabine Nehls

Tel: 02129-959644
sabinenehls@postpur.de

Der medien-newsletter kann
abonniert werden über:
www.dgb.de/service/newsletter